



ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Steuroptimierer ohne Mehrwert

Im NZZ-Artikel «Wenn Schweizer im eigenen Land diskriminiert sind» vom 16. 10. 14 wird unter anderem auf den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der Aufwandbesteuerung wohlhabender Ausländer hingewiesen. Dabei wird meines Erachtens die Tatsache verkannt, dass das ursprünglich für Ausländer im Rentenalter konzipierte System seit geraumer Zeit immer mehr von jungen Ausländern (Sportlern, Schauspielern, Jetsettern, Financiers usw.) zur sogenannten Steueroptimierung in Anspruch genommen wird. Diese Leute halten sich vielfach nur sporadisch in der Schweiz auf oder überhaupt nicht. Folglich sind diese steuermässig privilegierten Personen – als Inhaber oder Mieter von «Kaltbettenwohnungen» – auch nicht in der Lage, einen echten wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren. Besonders stossend ist dabei, dass die erwähnten Nutzniesser in Missachtung der Ausländergesetzgebung die erforderliche Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung erhalten.

Hildebert Heinzmann, Crans-Montana

Zukunftsweisend

Die Ausführungen «Prioritäten im Verhältnis zur EU» von Jakob Kellenberger, dem national und international bekannten und anerkannten Diplomaten und langjährigen Präsidenten des IKRK, sind mehr als ein ephemere Zeitungsartikel (NZZ 13. 10. 14). Sie sind von solch grundsätzlicher nationaler Bedeutung und internationaler Weitsicht, die vergleichbar sind mit der Rede des Literaturnobelpreisträgers Carl Spitteler 1914 vor der Helvetischen Gesellschaft. Jene Rede mit dem Titel «Unser Schweizer Standpunkt» war ein Appell an das Schweizer Volk, den die nationale Einheit gefährdenden Graben zwischen Welschen und Deutschschweizern zuzuschütten und bescheiden und in humaner Haltung in der heraufziehenden Kriegskatastrophe zu bestehen und das dadurch verursachte grosse Elend lindern zu helfen. Die Schweizer Geschichte hat in Zeiten der Not und schwerer Gefährdung der nationalen Einheit im-

mer wieder überragende Männer und Frauen verzeichnet, die dem Land den Weg in die Zukunft wiesen. Solche Beispiele sind Carl Spitteler und Jakob Kellenberger.

Fritz Künzler, Winterthur

Zuwanderung schadet ökologisch

In der NZZ vom 15. Oktober wird Bundesrätin Simonetta Sommaruga sinngemäss zitiert: Umweltprobleme löse man nicht mit einer Beschränkung der Zuwanderung. Für die Umweltspiele es keine Rolle, ob Menschen in der Schweiz oder im Ausland ihre schädlichen Auswirkungen auslösten. Diese Behauptung wird nicht weniger falsch, wenn sie neuerdings ständig wiederholt wird. Das vor allem aus zwei Gründen.

Erstens erhöht sich bei Zuwanderern (mit Ausnahme der aus Norden kommenden) der Lebensstandard nach Aufnahme in der Schweiz schlagartig: Man erinnert sich an die publizierten Beispiele aus der Gemeinde Dietikon, wo die soziale Stützung einer nichterwerbstätigen Familie mit 2 Kindern rund 6000 Franken pro Monat beträgt: Das ist ein Traumeinkommen für Einwanderer aus Osten und Süden, die vorher gewissermassen in Hütten darbt. Wer plötzlich so viel mehr Geld ausgeben kann, belastet auch die Umwelt entsprechend mehr.

Zweitens trägt Auswanderung aus überbevölkerten Regionen unmittelbar zur globalen Bevölkerungsexplosion bei. Wenn in einer Region die Zahl der Menschen über die von Natur und politischen Verhältnissen gegebene Tragfähigkeit hinauswächst, so müssten eigentlich die Mechanismen der Bevölkerungsregulierung innerhalb dieser Region zu wirken beginnen. Mindert man den Stabilisierungsdruck durch Zulassung einer massenweisen Auswanderung, so füllen sich innert weniger Menschengenerationen alle noch bewohnbaren Regionen unseres Planeten so weit auf, bis die Boote dann wirklich untergehen. Wer regionale Bevölkerungsexplosionen aus ehrenhaften humanitären Gründen nicht eingrenzen will, riskiert eine darauf folgende globale Zerstörung der Menschheit durch diese selbst.

Zweifellos löst die Ecopop-Initiative allein nicht alle Umweltprobleme. Aber

ohne Bevölkerungsbeschränkung gibt es keine tragbare Zukunft für Natur und Menschheit. Wird die Ecopop-Initiative angenommen, so stellen sich für die Politik der Schweiz leider grosse Probleme. Aber wenn die Ecopop-Initiative abgelehnt wird, so werden nach einer Anzahl Jahre die gleichen Probleme in noch viel dramatischerem Ausmass auf die schweizerische Politik zurückfallen.

Ruedi Müller, Zürich

AHV und zweite Säule ticken verschieden

Soziale Sicherheit hat immer – wenn sie gesamtgesellschaftlich gestaltet und mitgetragen sein will – mit Verteilen zu tun. Nun stehen aber hinter der AHV und der zweiten Säule unterschiedliche Denkmuster, welche die NZZ («Die Altersvorsorge im Verteilungskampf», 2. 10. 14) und viele andere leider meist ausblenden. Während die zweite Säule ein «Ich spare für mich» darstellt, kommt in der AHV ein anderes Denken zum Zug: «ich für die pensionierte Generation» und dahinterstehend das (unausgesprochene) Vertrauen, dass auch meine Kinder für mich sorgen werden. Schon darum ist es ungeeignet und auch unredlich, den bezahlten Franken in die AHV mit jenem in die Pensionskasse und deren «Rendite» zu vergleichen.

Ebenso unzutreffend ist es jedoch auch, die AHV-Beiträge von Einkommen über 84 240 Franken als «Steuern» zu bezeichnen, weil sie nicht rentenbildend seien. Natürlich sind sie rentenbildend, aber im klassischen Solidaritätssystem der AHV eben für andere. Die AHV ist eben kein eigennutzenmaximierendes System. Und darum sind diese AHV-Beiträge auch nicht Steuern, sondern Solidarbeiträge zwischen den Generationen – und darum gibt es auch nicht jenen Generationenkonflikt, den die NZZ gemäss ökonomischem Lehrbuch erwartet.

Es wäre vielleicht klüger zu fragen, ob ein Solidaritäts-basiertes soziales Sicherungssystem gesamtgesellschaftlich nicht glücklicher macht als ein am rein individuellen Nutzen orientiertes Renditenken.

Thomas Wallimann-Sasaki, Leiter Sozialinstitut KAB, Zürich

Die Behörden im besten Licht

Das Bemühen von Stadt- und Regierungsrat, nur Positives zu verbreiten, wirkt grotesk. Von Adi Kälin

Dieser Artikel interessiert niemanden. Wenigstens finden das meine Kolleginnen und Kollegen fast unisono. Wichtig sei, was am Ende in der Zeitung stehe. Wie die Texte entstanden seien, wie die Behörden orientiert, wie wir die Informationen verarbeitet hätten, das müsse doch Leserin und Leser nicht beschäftigen. Weil viele Kollegen diese Meinung teilen, ist auch wenig bekannt, dass sich das Informationsverhalten der Behörden in den letzten zwanzig Jahren erheblich verändert hat. Offiziell schwören die Exekutiven von Stadt und Kanton Zürich aufs Öffentlichkeitsprinzip, wonach «im Prinzip» alles öffentlich ist, wenn dadurch keine Persönlichkeitsrechte tangiert sind. Effektiv aber setzen sie immer mehr auf Public Relations statt Information. Negative Informationen verbreiten sie möglichst beiläufig – oder verstecken sie sogar recht gut. Umgekehrt laden sie zur grossen Pressekonferenz, wenn ihnen vermeintlich Grosses oder Wichtiges gelungen ist.

Den Vogel abgeschossen hat diesen Sommer der Regierungsrat mit der Orientierung über den «Projektstand Polizei- und Justizzentrum», wie es in der Einladung zur Pressekonferenz hiess. Es ging darum, dass der riesige Bau vom ersten Tag an zu klein sein wird. Einzelne Abteilungen der Polizei bleiben deshalb auf dem Kasernenareal – womit die Regierung gegen jenes Versprechen verstösst, das sie vor jeder Volksabstimmung zum PJZ abgegeben hatte. Die Regierung tat alles, damit die schlechte Kunde nicht gross verbreitet würde. So lud sie am späteren Nachmittag zur Pressekonferenz, wohl in der Meinung, dass so nicht mehr allzu viel Zeit zum Nachfragen bleibe. Zudem fand die Veranstaltung kaum zufällig am gleichen Tag statt, an dem die Durchmesserlinie mit grossem Pomp eingeweiht wurde. Man hoffte wohl, dass nur noch der Volontär freie Kapazität habe und kritische Fragen ausblieben. Ist es nur ärgerlich, oder hat es schon System? Man ist versucht, Letzteres anzunehmen, denn es war nicht das erste Mal, dass auf sehr seltsame Art über das PJZ informiert wurde. Anfang 2009 musste der Kantonsbaumeister den Medien erklären, dass sich die Kosten von 540 auf 700 Millionen Franken erhöhen dürften – während der zuständige Regierungsrat genau zur gleichen Zeit den hübsch renovierten Palazzo des Winterthurer Bezirksgerichts einweihen half.

In den letzten Tagen verschickte der Regierungsrat diverse Medienmitteilungen: «Rekord: 10 Millionen Quadratmeter Minergie im Kanton» oder «Integrierte Psychiatrie: Das Netzwerk spielt». Gar nicht verschickt, sondern nur kommentarlos im Internet aufgeschaltet wurde der Bericht zur Seco-Affäre, in dem Missstände in der Verwaltung und ein beträchtliches Korruptionsrisiko geortet werden. Dank einem aufmerksamen Kollegen gelangte der Bericht trotzdem an die Öffentlichkeit. Per Gesetz ist der Regierungsrat verpflichtet, wichtige Informationen über seine Tätigkeit zu veröffentlichen – und zwar, wie es präzisierend heisst, zu allen «Themen von öffentlichem Interesse, die für die Meinungsbildung und für die Wahrung der demokratischen und rechtsstaatlichen Belange wichtig sind». Ob er dieser Bestimmung im konkreten Fall Genüge getan hat, ist mindestens diskussionswürdig.

Ähnliche Beispiele gibt es vom Zürcher Stadtrat. Die erhöhten Parktarife, die in den letzten Tagen zu reden gegeben haben, wären früher Gegenstand einer stadträtlichen Pressekonferenz gewesen. Heute werden sie eines Tages einfach auf der Website der Stadt aufgeschaltet. Und auch in Sachen Eigenlob steht der Stadtrat dem Regierungsrat in nichts nach. Gelungene Neubauten, Auszeichnungen für städtische Betriebe und positive Umfrageergebnisse werden ausführlich und mit hohem stadträtlichem Personalaufwand kommuniziert. Kurioserweise können sich die städtischen Behörden bei solchem Tun sogar auf den Buchstaben ihrer Kommunikationsrichtlinien berufen. Dort steht unter anderem: «Die aktive, offene Informationspolitik der Stadt Zürich sorgt für Transparenz über die erbrachten Leistungen und steigert die Akzeptanz und das Vertrauen in die Arbeit der öffentlichen Verwaltung.» Schöner kann man PR kaum umschreiben. Mit offener Information hat dies aber natürlich nichts zu tun.

Sinnvolle Goldinitiative

In seinem Kommentar zur Goldinitiative (NZZ 8. 10. 14) schreibt René Zeller: «Welche andere Währung steht ähnlich unverrückbar in der geldpolitischen Brandung?» Nun, die Schweiz verdankt den guten Ruf ihrer Währung massgeblich der Golddeckung des Schweizerfrankens, welche bis 1999 in Kraft war. Die Volksinitiative wird als «Anachronismus» bezeichnet. In der Geschichte des Geldes ist jedoch der jetzige Zustand des weltweiten Papiergeldes ein Anachronismus. Nicht umgekehrt, wie es der Artikel suggeriert.

Es gab die sogenannte Mississippi-Spekulation in Frankreich. Im Übrigen war Papiergeld (ohne formelle Gold-

deckung) geschichtlich gesehen eher selten. Die Rolle des Goldes ist nicht, «Zinsen und Dividenden» zu kreieren; es handelt sich um eine Sicherheit ohne Gegenparteien-Risiko. Wer den massiven Preisanstieg des Goldes seit dem Beginn der Goldverkäufe der Nationalbank verfolgt hat, hätte gerne auf ein paar Prozent Zins verzichtet und das Gold behalten.

Und dann noch zur «Unabhängigkeit der Nationalbank»: Eine Ankurbelung der Wirtschaft durch Erhöhen der Geldmenge kurz vor Wahlen hat amtierenden Regierungen auch schon für eine Wiederwahl gedient. Bei einer Kopplung des Geldes an Gold sind diese Möglichkeiten der Einflussnahme eingeschränkt. Golddeckung sichert eben gerade die Unabhängigkeit der Nationalbank.

Nicolas Szita, GB-Welwyn Garden City